GAMMA

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

Nr. 17/98 - 7.Dezember 98 - gegen Spende*

Das Antifa Infotelefon Leipzig könnt Ihr anrufen unter: 0341 - 940 540 7.

Wenn Ihr uns Informationen zukommen lassen wollt: Anrufbeantworter: **0341 - 940 540 8.**
Bitte sprecht langsam und deutlich und hinterlaßt, wenn möglich, eine Rückrufnummer. Oder Ihr schickt die Infos per Post an: **IT, PF 101417, 04014 Leipzig.** Wir sind an jeder Art Infos interessiert, sei es über Streß mit Bullen, Nazis oder eine Veranstaltung, Demo usw.,die Ihr plant. Dies können auch Fakten sein , die nicht veröffentlicht, sondern an die richtigen Stellen weitergegeben werden sollen.
* **Spende** in die GAMMA-Spenden-Kasse, die dort steht, wo's GAMMAs gibt.

Im Zusammenhang mit den Protestaktionen zum NPD-Parteitag am 28.11. bei Döbeln gibt es verstärkte Anzeichen für bevorstehende Repressionsmaßnahmen der Polizei gegen Leipziger Linke.
Peter Wasem, der die Spontankundgebung am 28.11. anmelden wollte, hatte angekündigt, das Verbot und die Verhaftungen von einem Gericht überprüfen zu lassen. Offensichtlich gefiel das der Polizei ganz und gar nicht. Wasem wurde in einem Gespräch mit der Polizei klar gemacht, daß es, falls er tatsächlich Anzeige gegen die Polizei stellen sollte, zu Repressionsmaßnahmen gegen die Linke Szene, vor allen in Leipzig, kommen werde. Eines der ersten Ziele solle das Antifa Infotelefon Leipzig sein.
Weil uns von Anfang an klar war, daß die Polizei den kleinsten Anlaß dankend aufnehmen würde, um gegen uns vorzugehen, haben wir natürlich immer darauf geachtet, daß unsere Ansagen rechtlich einwandfrei sind. Daß wir jetzt trotzdem Ziel polizeilicher Repressionsmaßnahmen werden könnten, zeigt uns, daß die rechtliche Seite für andere wohl ziemlich irrelevant ist. Andererseits macht es deutlich, daß wir mit unserer Arbeit auf dem richtigen Weg sind, ansonsten wären gewisse Herren nicht so verärgert. Sollte es also in nächster Zeit zu einem kurzen Ausfall des Infotelefons kommen, kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß eine polizeiliche Maßnahme dahintersteckt.
Wir gehen davon aus, daß wir im Falle einer Beschlagnahme der Technik innerhalb kurzer Zeit wieder am Netz sind. Auch was exekutive und juristische Maßnahmen gegen die BetreiberInnen angeht, haben wir keinen Grund zu Befürchtungen, diese nicht unbeschadet zu überstehen.
Das Beste wäre natürlich, wenn die Polizei es einfach lassen würde und sich statt dessen dem allgemeinen Naziproblem widmen würde.
Und noch was: Ebenfalls in Zusammenhang mit dem 28.11. in Döbeln werden jetzt von verschiedenen Seiten Sammelklagen gegen die Polizei vorbereitet. Es werden die Leute, die von den Polizeimaßnahmen betroffen waren, gebeten, sich bei ihrer regionalen/lokalen Antifa zu melden. Notfalls wendet Euch auch an unseren Anrufbeantworter: 0341-9405408, wir leiten's dann weiter. In diesem Sinne, zurück zum Eigentlichen:

Was gewesen ist...

Bundesweit

Korrektur zu #15: Asylbewerberleistungsgesetz

Im Artikel „Berliner Sozialämter schikanieren Flüchtlinge" ist (aus Nachlässigkeit) die Rede davon, daß die Ämter eine *Lücke* in eben jenem Gesetz nutzen würden. Das ist so nicht richtig. Nach seiner letzten Änderung ist das Gesetz bewußt auf Aushungerung der Flüchtlinge angelegt. Die Logik des deutschen Rechtsstaats sieht danach so aus: Wer zum Beispiel kein Paßbild abgibt, womit ein Paß hergestellt werden soll, mit dem der Flüchtling dann abgeschoben werden kann, ist einem „selbstverschuldeten Abschiebehindernis" unterworfen und bekommt demnach keine oder weniger Sozialhilfe. Die Berliner Sozialämter nutzen das Gesetz einfach nur aus, wie es beschlossen ist. Und sind damit natürlich nicht die einzigen.

Weiterhin medizinische Hilfe für Flüchtling verweigert

Der 17jährige Flüchtling, dem vom Sozialamt des Ilm-Kreises seit März eine selbst vom Amtsarzt für not-

wendig befundene Operation einer Unterschenkelfraktur verweigert wird, ist aus dem Heim **Gehren** zwangsweise nach **Tambach-Dietharz** verlegt worden. Der Thüringer Flüchtlingsrat sieht darin einen Einschüchterungsversuch gegenüber Flüchtlingen, auf Mißstände aufmerksam zu machen. Von dem für die dortige Landesgemeinschaftunterkunft verantwortlichen Landesverwaltungsamt erwartet der Flüchtlingsrat eine sofortige Veranlassung der Operation. Genau jenes Amt hatte sich aber bisher -entgegen der gesetzlich geregelten Zuständigkeiten- geweigert, die OP-Kosten zu tragen.

Traumatisierte BosnierInnen abgeschoben

Trotz einer ärztlich attestierten Traumatisierung von Mutter und Tochter ist am **23.11.** eine vierköpfige bosnische Familie aus **Gelnhausen** (Main-Kinzig-Kreis) abgeschoben worden. Ein Arzt des Versorgungsamtes hatte „nach Aktenlage" entschieden, daß die Bescheinigungen nicht ausreichen würden.

Kleine „Massenabschiebung"

26 Flüchtlinge aus Togo sind am **30.11.** vom Flughafen Düsseldorf wieder in das westafrikanische Land abgeschoben worden, wo nach Einschätzung von Menschenrechtsorganisationen wegen der Verfolgung der Opposition durch die Regierung Gefahr für sie besteht. Die Zahl der Abgeschobenen war deutlich geringer als ursprünglich geplant.

Ausländerfeindliche Schikane

Am **13.11.** wurde ein **Berlin**er libanesischer Herkunft von Angestellten der BVG und Polizisten bedroht, gefesselt, auf die Polizeiwache verbracht und erkennungsdienstlich behandelt, weil er nach der Dienstnummer der Beamten gefragt hatte. Diese hatten einen tschechischen Straßenmusiker an der U-Bahn-Station Yorckstraße grundlos an den Haaren gezogen und mit Handschellen gefesselt. Vier anderen -deutsch aussehenden- Zeugen waren die Dienstnummern anstandslos ausgehändigt worden. Er jedoch wurde sogar noch wegen versuchter Gefangenenbefreiung angezeigt. Mittlerweile hat er Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht.(TAZ 23.11.)

Flüchtlingsaktion in Wuppertaler Kirche

Dreißig kurdische Flüchtlinge, unter ihnen zehn Kinder, haben am **29.11.** in Wuppertal-Barmen die Gemarker Kirche „besetzt". Nach dem morgendlichen Gottesdienst hatten sie ein Transparent entrollt und erklärt, die Räume der Kirche nicht mehr verlassen zu wollen, weil ihre Asylanträge abgelehnt worden sind. Mit der Aktion soll Druck auf die Behörden ausgeübt werden. Einige der Kinder hatten wegen der drohenden Abschiebung bereits Selbstmord versucht. (junge Welt 24.11.)

Tröstlich

Die **Berlin**er Koalition hat sich am **30.11.** im dortigen Innenausschuß darauf geeinigt, daß sich eine solche Massenabschiebung von Kriegsflüchtlingen aus Ex-Jugoslawien wie am 9./10.7. nicht wiederholen solle. An den beiden Tagen waren 137 Flüchtlinge festgenommen worden und 74 von ihnen abgeschoben worden.

Nächster Taxifahrer im Gefängnis

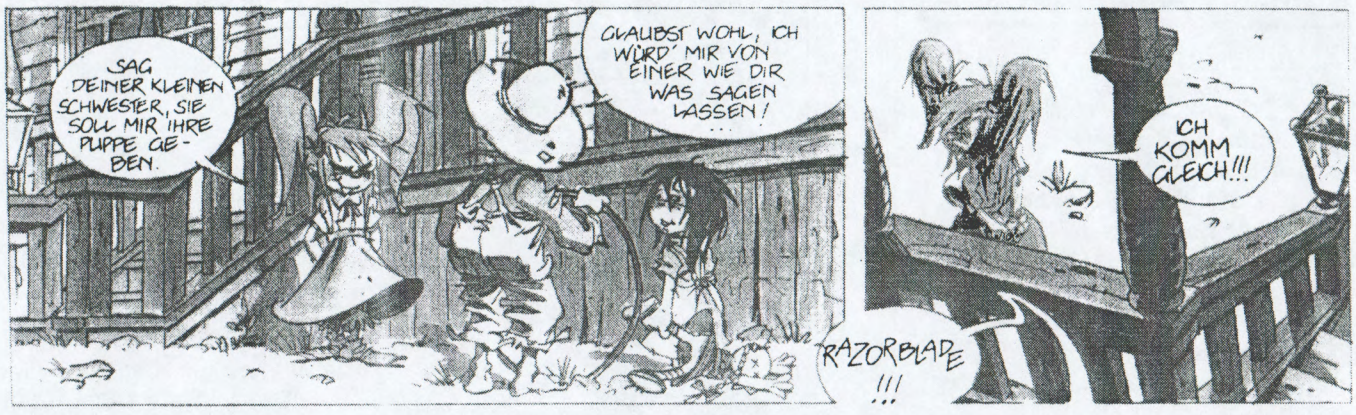
Der inzwischen sechste Zittauer Taxifahrer, der zu längeren Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt worden war, weil er Ausländer transportiert hatten, ohne sie automatisch zum BGS zu bringen, muß jetzt seine Haft antreten.
Die Berufungsverhandlungen gegen die Urteile wurden übrigens von Richter **Jöst** geführt, welcher zuvor in den eigentlichen Prozessen als Oberstaatsanwalt an den Ermittlungen beteiligt war. Überflüssig zu betonen, daß die Urteile natürlich alle bestätigt wurden. Die Anwälte der verurteilten Taxifahrer prüfen nun eine Anfechtung der Urteile auf der europäischen Ebene. (Siehe auch Jungle World 2.12.)

Deutsche Logik

Weil nicht ausgeschlossen werden könne, daß „dadurch rechtsextremes Potential *freigesetzt*" würde, begründete der Bürgermeister der brandenburgischen Gemeinde **Görlsdorf** seine Ablehung gegenüber der Verlegung des Asylbewerberheimes des Dahme-Spreewald-Kreises in seinen Ort. Das Heim muß bis nächsten Juni seinen derzeitigen Standort in Brand verlassen. Das Objekt in Görlsdorf wäre die kostengünstigste Lösung, da es bereits als Aussiedlerheim genutzt wurde und mit Landesmitteln gefördert worden war.

Naziaufmarsch in Hannover

Am **28.11.** marschierten rund 70 Nazis unter massivem Polizeischutz gegen die zur Zeit in Hannover gezeigte Wehrmachtsausstellung auf. Ca. 100 Gegendemonstranten demonstrierten dagegen und störten die Faschos erfolgeich bei ihrer Veranstaltung, es flogen und landeten Eier, Obst, Flaschen und Farbbeutel. 69 der Gegendemonstranten wurden festgenommen. In zehn Fällen wurden Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz oder Landfriedensbruchs eingeleitet. Ein Polizeibeamter war leicht verletzt worden, als er von seinem Diensthund gebissen wurde.
Das ganze gilt aber nur als Vorge-



schmack auf den 19.12. Für diesen Tag moblisiert die NPD bundesweit! *>Siehe WAS SEIN WIRD 19.12.*

Café Germania dicht

Der Berliner Nazitreffpunkt „Café Germania" in der Lichtenberger Normannenstraße ist zu. Mietschulden, öffentlicher Druck und polizeiliche Überwachung hatten zur Kündigung geführt. Die Betreiber um **Andreas Voigt** wollen aber angeblich im Brandenburger Umland wiedereröffnen.
Ein Nachahmer des Germania befindet sich im schleswig-holsteinischen Neumünster: der „Club 88" (für „Heil Hitler") ist Treffpunkt für die norddeutsche Naziszene.

Gedenktafel verschwunden

Die Gedenktafel für Silvio Meier, die am Ort seiner Ermordung, dem **Berliner** U-Bahnhof Samariterstraße angebracht war, ist um den **24.11.** gestohlen worden.

Überfall in Potsdam

Die Potsdamer Polizei ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung und Bedrohung mit der Waffe gegen drei „junge Männer" aus Werder. Sie sollen am **27.11.** in der Nähe des im Bau befindlichen Potsdam-Centers drei Ausländer beschimpft und mit einer Pistole bedroht haben.

JN-Aufmarsch in Berlin

Für den **5.12.** hatten die NPD/JN zu einem Aufmarsch gegen die Haft von Frank Schwerdt nach Berlin-Tegel mobilisiert. Gekommen sind um die 300 Nazis aus dem ganzen Bundesgebiet, unter ihnen ein erklecklicher Teil der JN-Führungsclique und andere Nazikader: **Holger Apfel, Steffen Hupka, Christian Worch,** der dickste Fascho Deutschlands, **Hehl,** u.a. Der NPD-Jurist Günther Eisenecker wurde ebenfalls gesichtet.
Der Antifa-Gegenmobilisierung waren ungefähr ebensoviele Leute gefolgt. Die Berliner Polizei hielt sie jedoch mit einem (gewohnt) massiven Aufgebot von den Nazis fern und schützte damit wiedereinmal die Faschos .

Durchsuchung und Beschlagnahme bei Naziversand

Bei **Jens Hessler**, der in **Lingen** (Niedersachsen) einen bundesweiten Versand von Nazimusik betreibt, hat das LKA eine Durchsuchung vorgenommen. Er selbst wurde verhaftet und außerdem wurde als neue Maßnahme eine sogenannte Vermögensabschöpfung durchgeführt. Da er mit seinen Geschäften ca. 180.000 DM verdient hätte, wurden Werte in dieser Höhe beschlagnahmt, u.a. zwei Autos.

Antisemitischer Briefeschreiber festgenommen

Ein japanischer Immobilienmakler, der in Briefen an Botschaften und öffentliche Einrichtungen in Deutschland zum „Töten aller Juden" aufgerufen hatte, ist anläßlich einer Berlinreise wegen Volksverhetzung festgenommen worden. Seit 1996 ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen Unbekannt. Hunderte von volksverhetzenden Schreiben gegen jüdische und südkoreanische Bürger waren aus Japan an in Deutschand akkreditierte Botschaften geschickt worden. Der Draufschicker war gefaßt worden, weil er auf einem Bahnhof beim Falten von Briefen mit Nazisymbolen gesehen worden war. (TAZ 24.11.)

DVU scheitert mit Wahlanfechtung in Hamburg

Die Wahlanfechtungsklage der DVU in Bezug auf die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft im Herbst 97 ist vom Hamburgischen Verfassungsgericht abgewiesen worden. Der DVU hatten damals 190 Stimmen zur Überwindung der 5%-Hürde gefehlt.

Berlin will REPs doch vom VS beobachten lassen

Der neue Berliner Innensenator, **Werthebach** (CDU), will die REPs weiter vom Landes-Verfassungsschutz beobachten lassen. Er kündigte an, gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts, welches eine solche Beobachtung untersagt hatte, Berufung einzulegen.

REPs und DVU kooperieren

Beide Parteien gaben eine strategische Absprache zu den Landtagswahlen in Hessen und Bremen bekannt. Danach verzichtet die DVU in Hessen auf eine Kandidatur, im Gegenzug wollen die REPs nicht in Bremen antreten.

Verfahren eingestellt

Das Verfahren gegen Claus Schreer (Münchner Bündnis gegen Rassismus) wegen Aufrufs zu Straftaten wurde am **1.12.** ohne Geldbuße eingestellt. Er hatte den ersten **„Passau**er Aufruf zur Zivilcourage" gegen den NPD-Parteitag im Februar mitunterzeichnet und verbreitet. Da dieser jedoch durch eine ganze Reihe recht bekannter Persönlichkeiten bis hin zu katholischen Kirchenleuten ebenfalls unterzeichnet worden war, kam das Gericht wohl in Erklärungsnöte.

Aufforderung an Lehrer

Der Kriminologe und Rechtsextremismusexperte Bernd Wagner hat auf einer Lehrertagung in **Magdeburg** offensiveren Umgang mit rechten Bewegungen durch die Lehrkräfte gefordert. Gerade die NPD und unabhängige Kameradschaften entdeckten zunehmend die Schulen als Rekrutierungsfeld.

Verein gegen Fremdenfeindlichkeit

Ein Verein soll künftig alle Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in **Frankfurt/Oder** koordinieren. Das sieht ein Maßnahmekatalog „Miteinander leben in Frankfurt/Oder" vor, den die Stadtverwaltung am **1.12.** vorstellte.

Steuergelder für „Nation & Europa"

Laut Coburger Neuesten Nachrichten bewilligte das Arbeitsamt **Coburg** am 15.7.98 nach Rücksprache mit dem Landesarbeitsamt der Nation Europa Verlags GmbH einen Lohnkostenzuschuß in vierstelliger Höhe pro Monat. Zunächst wird dies für sechs Monate gewährt.
Bei dem Verlag angestellt ist beispielsweise auch der Rudolstädter Anti-Antifa-Aktivist **Tino Brand**. Hauptgesellschafter ist **Harald Neubauer**, ehemaliger Europaabgeordneter der REPs und bedeutender Vertreter der sogenannten „Neuen Rechten".

Er weilte kürzlich erst bei russischen Nationalisten zum Austausch gemeinsamer geopolitischer Phantasien (Jungle World 2.12.)

Regional

Ausländerbeauftragter zusammengeschlagen

Abdoul Coulibaly, der Ausländerbeauftragte der Stadt **Magdeburg**, ist am **29.12.** im Treppenhaus seines Wohnhauses zusammengeschlagen worden. Er erlitt Verletzungen im Gesicht. Drei der fünf TäterInnen sind festgenommen worden, die restlichen beiden befinden sich noch auf der Flucht (Stand 2.12.)

Wurzner Faschoszene in Aufruhr

Nach dem am **3.12.** in der ARD-Sendung „Kontraste" gelaufenen Beitrag über die Wurzner Faschoszene, laufen jetzt verschiedene Anzeigen gegen etliche Nazis aus Wurzen und Umgebung, unter anderem der NPD-Vorsitzende des Muldentalkreises, **Markus Müller**, wegen Volksverhetzung, Aufrufs zu Straftaten und Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole.

Wegen der Aufregung darüber ist mit erhöhter Aggressivität der Wurzner Nazis zu rechnen, eventuelle Gewaltaktionen sind nicht auszuschließen.

Leipzig

Erneut Nazistress an Grünauer Schule

Vergangene Woche versuchte das NPD-Mitglied **Sebastian Strauch** und einige seiner Kumpane erneut, in einer Grünauer Schule Leute zu überfallen. Sie suchten nach einem farbigen Schüler, der schon häufiger von Nazis terrorisiert worden war. Als sie im Gebäude aber niemanden fanden, da gerade Unterricht war, zogen sie es vor, sich wieder davonzumachen.

Was sein wird...

Bundesweit

NPD-Aufmarsch in Hannover

Die NPD mobilisiert für den **19.12.** bundesweit zu einem Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in Hannover. Eine Protestdemonstration ist vom VVN-BdA angemeldet. Ab 7.12. gibt es aktuelle Infos unter 0511-3482125.

Regional

Internationale Menschenrechtswoche in Jena

Vom **7.-12.12.** findet in Jena die Internationale Woche der Menschenrechte statt. Es ist eine Fülle von Veranstaltungen zu u.a. den Themen Neoliberalismus, Menschenrechte in Afrika, Frauenrechte, Flüchtlingsunterbringung geplant. Am 10.12. soll es eine Demonstration geben. Treff 17 Uhr Johannisstraße. Mehr Infos gibt's über 03641-44 93 04 oder http://www.dgb-bwt.de/

Leipzig

Silvesterdemos

Zu Silvester soll es in Leipzig zwei Demos geben. „Radikal links in's neue Jahr - Nichts bleibt so wie's früher war!". Nähere Infos folgen!

Zum Schluß noch zwei Hinweise: 1. auf das Infotelefon GARFIELD aus dem Rhein-Neckar-Raum, wo Ihr ebenfalls aktuelle Nachrichten - bundesweite wie regionale - hören könnt. Das Telefon wird zweimal wöchentlich aktualisiert. Die Nummer ist 06272-3559. Außerdem gibt's da noch das Antifa-Infotelefon Berlin unter 030-275 6075 6.

GAMMA ist in Leipzig zu haben im Conne Island, im Antifa-Presse-Archiv, im Infoladen und in der Lichtwirtschaft.